

SPÖ Oberösterreich entdeckt die Basisdemokratie für sich

Urabstimmung. Den Parteivorsitz kann künftig jedes Mitglied online wählen. In der Bundespartei verfolgt man die Reform mit Interesse.

VON JULIA WENZEL

Wien. In den roten Parteibüros in Oberösterreich stehen die Zeichen auf Veränderung, oder, wenn man dem geschäftsführenden Parteivorsitzenden Michael Lindner genau zuhört, auf „Neustart“. Einer, der durchaus radikal erfolgen soll, wie man am Montag bei einer Pressekonferenz des Parteivorstands erfuhr: So sind am 3. September rund 25.000 oberösterreichische SPÖ-Mitglieder aufgerufen, online über den neuen Parteivorsitz abzustimmen. Wahlberechtigt sind alle, die bis 1. August SPÖ-Mitglied sind.

Am Landesparteitag am 1. Oktober soll dann das finale Ergebnis präsentiert werden. Für den Vorsitz kandidieren kann jeder und jede, der oder die bis 1. Juni aus drei oberösterreichischen Bezirken mindestens 250 Unterstützungserklärungen vorlegen kann. Das gelte auch für ihn als geschäftsführenden Parteichef, sagte Lindner am Montag. Mit dieser Form der Beteiligung wolle man die Mitgliedschaft innerhalb der Partei aufwerten, betonte auch Landesgeschäftsführer Florian Koppler. Dieser ist seit 1. März im Amt. Er sieht die „digitale Direktwahl als Kampagne nach innen“.

Reform folgt auf öffentliche Demontage

Dass es diese im Linzer Landesbüro überhaupt braucht, hat mit den zahlreichen internen Umwälzungen seit der Landtagswahl Ende September zu tun. Parteichefin Birgit Gerstorfer sowie Landesgeschäftsführer Georg Brockmeyer mussten Anfang Februar das Feld räumen. Das enttäuschende Ergebnis bei der Wahl (18,6 Prozent), eine offenbar nicht abgesprochene Impfkampagne sowie das Infragestellen der Rolle der Gewerkschaften gipfelten in einer öffentlichen Demontage Gerstorfers, die über ihre Ablöse informiert wurde, als sie gerade in Kroatien auf Urlaub war. Der politische Mitbewerber sprach daraufhin von „Putsch“ und „Meu-

chelmord“. Bis dato ist Gerstorfer aber noch Landesrätin in der Proporzregierung unter Landeshauptmann Thomas Stelzer (ÖVP). Die Wogen dürften sich inzwischen geglättet haben: Zu Lindner sei das Verhältnis „sehr gut“, sagt Gerstorfer zur „Presse“. Ihren Posten als Landesrätin wird sie nach dem Parteitag an diesen übergeben.

Wiener SPÖ: „Der Erfolg gibt uns recht“

Die Strukturreform sei auch ihre Idee gewesen, sagt Gerstorfer. SPÖ-intern wird diese nun unterschiedlich bewertet, wie ein Rundruf zeigt. Basisdemokratische Experimente sind in der SPÖ durchaus umstritten – besonders in Wien. Das zeigte sich schon unter Ex-SPÖ-Kanzler und Parteichef Christian Kern, der die Bundespartei 2018 nach dem Vorbild der britischen Labour bei strategischen und personellen Entscheidungen öffnen wollte. Umgesetzt wurde die Strukturreform, nach der der Bundespartei vorsitzende von allen Mitgliedern gewählt werden soll, aber bis heute nicht.

Am Wiener Rathausplatz findet man die oberösterreichische Neuaufstellung „legitim“, selbst aber sei man mit der bisherigen Struktur „nicht schlecht gefahren“. Michael Ludwigs Erfolg gebe dem Delegierten-Prinzip recht. „Wir zeigen, dass es auch so funktioniert“, heißt es aus seinem Umfeld. „Ludwig bindet ja ohnehin alle Flügel ein.“ Auf unteren Ebenen wird allerdings immer öfter mit mehr Mitsprache experimentiert. So war es wiederum Oberösterreich, wo der Linzer Bürgermeister Klaus Luger 2020 zum ersten Mal via Direktwahl zum Spitzenkandidaten gewählt wurde. In der Bundes-SPÖ steht man den „Pilotprojekten“ in manchen Bezirks- und Landesorganisationen „offen gegenüber“. Pamela Rendi Wagner sei immerhin „die erste Parteichefin gewesen, die sich einer Mitgliederbefragung gestellt hat“, sagt ein Sprecher. Man schaue sich die „Erfahrungen aus den Bundesländern genau an“.